

Antrag

der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, Thomas Ehrhorn, Wilhelm von Gottberg, Mariana Iris Harder-Kühnel, Jörn König, Christoph Neumann, Jürgen Pohl, Uwe Schulz, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Die Landshut endlich ausstellen – Ein Museum für die Opfer des RAF-Terrorismus errichten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 13. Oktober 1977 entführten vier palästinensische Terroristen der „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ (PFLP) die Maschine der Lufthansa „Landshut“ auf ihrem Flug von Palma de Mallorca nach Frankfurt/Main und nahmen die 86 Passagiere sowie die fünf Besatzungsmitglieder als Geiseln.

Die Flugzeugentführung stand im Zusammenhang mit der Entführung des damaligen Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Hanns Martin Schleyer (1915 bis 1977) durch Terroristen der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) am 5. September 1977. Mit ihr suchten die palästinensischen Terroristen den Forderungen der RAF-Terroristen Nachdruck zu verleihen, elf in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim inhaftierte Terroristen der RAF freizupressen.

Bei der Entführung wurde der Kapitän der „Landshut“, der Pilot Jürgen Schumann, vom Anführer des palästinensischen Terrorkommandos am 16. Oktober 1977 in Aden im Südjemen ermordet. Am 18. Oktober 1977 gelang es Beamten der GSG 9 unter Führung ihres Kommandeurs, Ulrich Wegener (1929 bis 2017), die „Landshut“ in Mogadischu/Somalia zu erstürmen, die Terroristen unschädlich zu machen und die Geiseln zu befreien.

Die Entführung der „Landshut“ war neben der Schleyer-Entführung und dem Freitod der führenden, in Stuttgart-Stammheim inhaftierten, RAF-Terroristen das zentrale Ereignis des sogenannten „Deutschen Herbstes“.

Sie zeigte in den Augen der antragstellenden Fraktion einmal mehr die gewalttätige und menschenverachtende Seite des Linksterrorismus in Deutschland.

Sie führte vor Augen, dass der Rechtsstaat seine Bürger gegen terroristische Bedrohungen zu schützen vermag.

Sie wurde in vielen Publikationen wissenschaftlich aufbereitet und war das Thema künstlerischer Auseinandersetzung.

Sie ging ins kollektive Gedächtnis der Bundesrepublik Deutschlands ein.

Die Entführung der „Landshut“ ist mithin Symbol für den erfolgreichen Kampf des Rechtsstaats gegen den linken Terrorismus.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- mit der Regierung des Landes Berlin einen geeigneten Standort für ein „Museum des Deutschen Herbstes“ in der Bundeshauptstadt zu finden, das die „Landshut“ als Ausstellungsstück enthält,
- einen bundesweiten Wettbewerb für den Bau eines „Museums des Deutschen Herbstes“ auszuschreiben,
- eine Jury zu berufen, die anhand der eingegangenen Vorschläge, einen ersten, zweiten und dritten Preisträger für den Wettbewerb bestimmt,
- Mittel bereitzustellen, um Wettbewerb und Bau eines „Museums des Deutschen Herbstes“ in Berlin zu ermöglichen,
- dafür Sorge zu tragen, dass spätestens im Oktober 2027, zum 50. Jahrestag der Entführung der „Landshut“, das „Museum des Deutschen Herbstes“ mitsamt dem Flugzeug in der Bundeshauptstadt Berlin eröffnen kann.

Berlin, den 11. Dezember 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung:

Am 27. November 2020 beschlossen die Mitglieder des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags, 15 Millionen Euro „zur Umsetzung eines Ausstellungskonzepts der Landshut in Friedrichshafen“ zur Verfügung zu stellen. Die Mitglieder von CSU, CDU und SPD kamen damit einer Vereinbarung im Koalitionsvertrag nach, Bundesgelder für die Ausstellung der „Landshut“ bereit zu stellen (vgl. www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/847984/5b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1). Wie es im Beschluss des Haushaltsausschusses heißt, flössen die Gelder unter anderem in eine „noch zu gründende Stiftung ‚18 Oktober 1977‘ (Arbeitstitel) als Trägerin der Ausstellung zur Boeing 737-200C ‚Landshut‘ in Friedrichshafen“.

Damit endete ein jahrelanges Hin und Her um den Verbleib der historischen Maschine: Bereits im Jahr 2017 holten Techniker der Lufthansa die flugunfähige „Landshut“ aus Brasilien zurück, damit sie als Ausstellungsstück genutzt werden kann. Dadurch geriet das Projekt in den Verantwortungsbereich der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien Monika Grütters.

In einem Schreiben an den Parlamentarischen Staatssekretär im Verteidigungsministerium fragte sie an, ob es möglich sei, die „Landshut“ in der Außenstelle des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr am Flugplatz Berlin-Gatow auszustellen. Im Frühjahr dieses Jahres kam aus dem Verteidigungsministerium die Zusage, diese Idee zu prüfen (vgl. „Teurer Mythos“, in: Der Spiegel vom 30. 10. 2020). Wie es hieß, sei die Prüfung bereits im Juni dieses Jahres abgeschlossen worden. Allerdings seien Beamten des Verteidigungsministeriums zum Schluss gekommen, dass die Integration der „Landshut“ in das Museum „sowohl thematisch wie auch infrastrukturell eine Herausforderung“ darstelle (vgl. „Teurer Mythos“, in: Der Spiegel vom 30. 10. 2020). Insofern sei auch die ursprüngliche Idee, eine Ausstellung zum „Deutschen Herbst“ zu konzipieren und umzusetzen, verworfen worden. Nach der Historikerin Doris Müller-Toovey hat eine solche Ausstellung in Berlin-Gatow „keine Bezüge zu militärgeschichtlichen Aspekten“, Besucher, so Müller-Toovey, kämen vielleicht „aufgrund des Schauwerts und des Mythos der ‚Landshut‘“, „ein inhaltlicher Zusammenhang mit der Ausrichtung des Museums würde und könnte sich ihnen aber nicht erschließen“ (vgl. „Teurer Mythos“, in: Der Spiegel vom 30. 10. 2020).

Das Wrack der „Landshut“ lag daher seit seiner Ankunft in Deutschland immer noch in einem Hangar am Bodensee.

Obgleich die Antragsteller den Beschluss des Haushaltsausschusses mitgetragen haben, wird in ihren Augen eine Ausstellung in Friedrichshafen dem historischen Symbolwert der „Landshut“ nicht gerecht: Der Ort stand in keiner Weise mit dem sogenannten „Deutschen Herbst 1977“ in Verbindung, genauso wenig ist er bedeutsam für die Entstehung des linksextremistischen Terrors in Deutschland seit den ausgehenden 1960er Jahren.

Die Antragsteller haben den Beschluss des Haushaltsausschusses vielmehr unterstützt, um die jahrelange Ungewissheit um die Zukunft des Ausstellungsprojektes zu beenden. Für sie stellt er somit nur eine Interimslösung dar.

Nach Meinung der Antragsteller ist jedoch der Bau eines „Museum des Deutschen Herbstes“ mit einer Ausstellung der „Landshut“ sowie einer Dokumentation über Ursachen und Wirken des linksextremistischen Terrors sehr geboten.

Mittlerweile sind in den Augen der Antragsteller vor allem in den Großstädten in Deutschland wiederum linksextremistische Strukturen entstanden, die eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellen: So kommt es heute in Deutschland immer häufiger zu Ausschreitungen, Übergriffen und Plünderungen linksextremistischer Gruppen wie der Antifa: zum Beispiel anlässlich des G-20-Gipfels 2017 in Hamburg, während der Silvesternacht 2019 in Leipzig oder 2020 bei der Räumung eines besetzten Hauses in der Berliner Liebigstraße im Jahr 2020. Nach einer internen Aufstellung des Bundesamts für Verfassungsschutz sind allein im Jahr 2019 linksextremistische Gewalttaten im Vergleich zum Vorjahr um 40 Prozent gestiegen. Vor allem hätten Sachbeschädigungen und Brandstiftungen gekommen, in zwei Fällen sei es sogar zu versuchten Tötungsdelikten gekommen. Nach dieser Aufstellung scheint die „Herausbildung terroristischer Strukturen im Linksextremismus möglich“, hat sich die „Intensität der Gewalttaten erhöht“, würden „immer mehr rote Linien überschritten“. Daher erscheine auch der „Schritt zur gezielten Tötung eines politischen Gegners nicht mehr völlig undenkbar“ (vgl. www.welt.de/politik/deutschland/article210051823/Verfassungsschutz-Linksextremistisch-motivierte-Straftaten-steigen-um-40-Prozent.html).

Auch ehemalige Crewmitglieder der „Landshut“ äußerten sich besorgt über die Situation des Linksextremismus in Deutschland. So sagte Gabriele von Lutzau, 1977 Stewardess auf der „Landshut“ unter anderem, dass der „linke Rand der Gesellschaft immer gewaltbereiter“ und die „Gefahr von links“ dabei von Politikern „kleingeredet, fast schon verharmlost“ werde (vgl. www.welt.de/politik/deutschland/article210051823/Verfassungsschutz-Linksextremistisch-motivierte-Straftaten-steigen-um-40-Prozent.html).

Nach Meinung der Antragsteller darf ein solches „Museum des Deutschen Herbstes“ nicht in einer abgelegenen deutschen Kleinstadt errichtet werden, sondern muss einen würdigen Platz in Berlin, der Bundeshauptstadt, erhalten: Berlin war nicht nur ein Zentrum der sogenannten „antiautoritären Revolte“ von 1968, aus der sich später der linksextremistische Terror der 1970er und 1980er Jahre in Deutschland entwickelt hat. Es war auch der Ort, an dem sich die sogenannte RAF im Jahre 1970 gründete und vielen ihrer Terroristen und Unterstützern Unterschlupf bot. Der Westteil der geteilten Stadt avancierte in den 1960er und 1970er Jahren zu einem veritablen Zentrum des linksextremistischen Terrorismus in Deutschland, dessen einstige Strukturen zum Teil noch heute spürbar sind.

Umso mehr bedarf es in den Augen der Antragsteller eines „Museums des Deutschen Herbstes“ in Berlin, in dem die „Landshut“ ausgestellt ist und Ursachen, Geschichte und die aktuelle Situation von Linksextremismus und -terrorismus in Deutschland thematisiert werden.

